

ZINE

KAPU

Kapuzinerstr. 36 4020 Linz 0732/779660

Am Sonntag, dem 9.10. ist es endlich wieder soweit: Wir dürfen wieder unsere Vertreter ins Hohe Haus wählen (sofern wir heuer noch 19 werden und nicht im Häf'n sitzen...). Doch in Zeiten in denen immer mehr die Gesichter irgendwelcher PolitikerInnen und nicht mehr die Programme ihrer Parteien im Vordergrund stehen, wird die Frage WEN wählen immer schwieriger zu beantworten. Sollen wir nun den Aufschwung für alle mit Bundeskanzler Vranz sichern, die Kraft der Mitte in der Regierung stärken, für ihn sein weil er angeblich SST mag, ein Zeichen gegen Bevormundung oder den Grenzwert für die Koalition setzen oder sollen wir Schiedsrichter spielen und den Sozialabbauern die Rote Karte zeigen?

Diese Entscheidung nehmen wir euch zwar nicht ab, aber nett wie der sympathische Kulturverein der Welt nun mal ist helfen wir Euch dabei.

Wir haben uns 3 Themen (Kultur-, Wahlrecht- und Drogenpolitik), die unserer Meinung nach in diesem Wahlkampf vernachlässigt wurden, vorgenommen und haben dazu Fragen an die Parteien geschickt.

SONDERBEILAGE ZUR NATIONALRATS- WAHL 94

Der Fragenkatalog:

I.) Zur Kultur- bzw. Alternativkulturpolitik:

In den letzten Jahren ist es für freie Kulturinitiativen aufgrund geringerer Subventionen durch Bund, Länder und Gemeinden bei laufend steigenden Kosten für Veranstaltungen, Problemen beim Finden von geeigneten Orten für Veranstaltungen etc. wesentlich schwieriger, in manchen Fällen sogar unmöglich geworden, ihre Kulturarbeit fortzusetzen. Wie bzw. werden Sie überhaupt versuchen kleine, alternative Kulturvereine bzw. Kulturinitiativen wie z.Bsp.: den KV KAPU aus Linz, den KV KRAFTWERK aus Steyer oder den KV KANAL aus Schwertberg etc. zu unterstützen?

II.) Zur Drogenpolitik:

Die Kriminalisierung verschiedener Drogen hat in der Vergangenheit nicht nur nicht den gewünschten Erfolg, nämlich die Einschränkung des Konsums und des Handels von Drogen, sondern sogar noch viele Nachteile mit sich gebracht:

- 1) Die Gefahr, die von legalen Drogen, insbesondere Alkohol ausgeht, wird aus dem Bewußtsein der Bevölkerung verdrängt, da der Irrglaube entsteht, da diese Droge vom Staat erlaubt ist - andere Drogen aber nicht - müsse es sich um eine weniger gefährliche Substanz handeln.
- 2) Die volkswirtschaftlichen Schäden, die durch den Gebrauch von illegalen Drogen entstehen (Krankenhaus- und Therapiekosten etc.) können nicht durch Steuereinnahmen, wie bei Alkohol oder Nikotin, zumindest teilweise ausgeglichen werden.
- 3) Menschen, die aufgrund des Gebrauchs illegaler Drogen vorbestraft werden, verlieren oftmals ihre soziale Position bzw. ihre Existenzgrundlage (Verlust des Arbeitsplatzes etc.) und kommen dadurch erst wirklich in den Teufelskreis der Sucht.
- 4) Die früher in Österreich durchaus heimische Nutzpflanze Hanf, die für ökologisch verträglichere Papiererzeugung und zur Gewinnung von Textilfasern etc. verwendet werden könnte, darf nicht angebaut werden.

III.) Zur Erweiterung des Wahlrechts:

In einer repräsentativen Demokratie werden hauptsächlich die Interessen jener Bevölkerungsgruppen vertreten, die auch die Möglichkeit haben, wählen zu gehen. In Österreich (wie auch anderswo) sind große Teile der Bevölkerung von dieser Möglichkeit und daher auch von einer Vertretung ihrer Interessen ausgeschlossen. In speziellen meinen wir hier Menschen, die noch nicht das wahlrechtlich festgelegte Wahlalter von 19 Jahren erreicht haben, also gemeinhin als Jugendliche gelten; und Menschen, die aufgrund der Tatsache, daß ihr Geburtsort bzw. der Geburtsort ihrer Eltern sich auf dem Gebiet eines anderen Staates befindet, nicht über die österreichische Staatsbürgerschaft verfügen, trotzdem aber schon jahrelang in diesem Staat leben, arbeiten, Steuern und Sozialabgaben zahlen etc., gemeinhin also als Ausländer oder Gastarbeiter gelten. Hat ihre Partei vor, die Situation für diese beiden Bevölkerungsgruppen zu ändern oder anders formuliert: werden Sie versuchen das Wahlalter zu senken bzw. für ein Wahlrecht für in Österreich lebende Ausländer eintreten?

Es folgen die Antworten der Parteien in der Reihenfolge des Einlangens:

FPÖ:

(Hierbei handelt es sich allerdings nicht um die von der FPÖ speziell auf unseren Fragebogen, sondern um Statements aus, uns von der FPÖ ausgehenden Broschüren: "Österreichische Erklärung zur Nationalratswahl 1994, Dr. J. Haider", "Freiheitliche Thesen zur politischen Erneuerung Österreichs". Die spezielle Beantwortung wurde uns versprochen, war aber bis Redaktionsschluß des KAPU-Zines noch nicht eingelangt, wen's interessiert kann es sich gern von uns schicken lassen. Einfach anrufen!)

I.) Gegenwärtig muß sich an der Nachfrage orientieren. Schluß mit parteiischem Subventionsmißbrauch für Günstlinge. Viel weniger staatliche Kunst- und Kulturförderung, dafür steuerliche Anreize für privates Sponsoring.

II.) Zur Bekämpfung des Terrorismus und Drogenhandels sind alle erforderlichen Gewaltmittel geboten und Sondereinheiten mit weitgehenden Kompetenzen einzurichten, sowie Strafverschärfungen durchzuführen.

III.) Kein Ausländerwahlrecht. (Zu einer parteiischen Wahlalters fanden wir in den Broschüren keine Informationen.)

KPÖ:

I.) Die KPÖ betrachtet die Kulturpolitik als ein Feld der Auseinandersetzung, auf dem frühzeitig Weichenstellungen gesellschaftlicher Entwicklung erkennbar sind. In der letzter Zeit immer öfter hörbare Ruf nach Einsparung bei der Kultur zielt letztendlich auf viele andere Bereiche (Soziales etc.). Positionen wie von AK Präsident Freyschlag, im Landesbezug bei der Kultur zu sparen und zur Wirtschaftsförderung umzuschichten, oder von "ÖÖN"-Wirtschaftsredakteur Mandlbauer, Kulturbudgets grundsätzlich immer wieder von Null weg zu budgetieren, zeigen eine abgestimmte Kampagne. Diese richtet sich sowohl gegen die Hoch- als auch gegen die Alternativkultur.

Die Spitze dieser Entwicklung ist die unverhüllte Kulturzensur, wie sie lauffähig durch Äußerungen von FPÖ-Politikern gegen gesellschaftskritische Kulturinitiativen (Stadtwerkstatt, Phönix, KAPU usw.) deutlich wird. Beide Stoßrichtungen zielen aber auf ein gemeinsames Ziel, nämlich die Aushöhlung linker alternativer Gegenkultur.

Angesichts des durch den EU-Beitritt explodierenden Budgets droht dem Kultur- ebenso wie dem Sozialbereich enorme Einsparungen. Wir sind der Meinung, daß dazugegen ein breiter gemeinsamer Widerstand aufgebaut werden muß. Die Alternativkultur muß in diversen Budgets einen fixen Platz haben, der nicht geschmälert, sondern ausgebaut werden muß.

Kultur ist ein Spiegelbild der Gesellschaft, der Umgang mit ihr signalisiert gesellschaftliche Entwicklungen.

II.) Es ist in der Tat ein Widerspruch, wenn Drogen wie Alkohol oder Nikotin voll gesellschaftsfähig sind, während andere Drogen kriminalisiert werden. Daher treten wir für die Legalisierung weicher Drogen ein.

Um einen gleichen gesellschaftlichen Stellenwert zu verdeutlichen müßte gleichzeitig ein Werbeverbot für Alkohol und Nikotin verhängt werden und die Bagatelisierung von Alkohol im Straßenverkehr müßte durch eine Null-Promillegrenze aufgehoben werden.

Für den Entzug von harten Drogen müßten weitaus mehr Therapieplätze geschaffen werden, bei Entzugsprogrammen unter ärztlicher Aufsicht müßte nach Versuchen in anderen europäischen Ländern die Abgabe von Ersatzdrogen wie Methadon oder auch harter Drogen möglich sein.

Für eine zeitgemäße Drogenpolitik muß der Grundsatz "Auflöschung statt Kriminalisierung" gelten.

III.) Die KPÖ tritt für eine Diskussion über eine Senkung des Wahlalters ein. Das Argument, daß eine Gruppe wie die Jugendlichen erster genannt werden, wenn sie selber wählen kann, spricht zweifellos für eine Senkung des Wahlrechts auf 16 Jahre.

Klar ist für uns die Forderung nach dem aktiven und passiven Wahlrecht für in Österreich lebende Ausländer auf allen Ebenen. Wer in Österreich lebt und arbeitet soll auch hier mitbestimmen können und das soll nicht nur für künftige EU-Mitbürger gelten. Wir halten darüber hinaus aber eine Änderung des restriktiven Wahlrechts, das vorrangig die Großparteien nutzt und kritische

Gruppen ausgrenzt, mit dem Ziel der Chancengleichheit für wichtig. Österreich soll nicht in 43 Wahlkreise aufgesplittet werden sondern einen einzigen Wahlkreis bilden, die 4-Prozent-Hürde muß abgeschafft werden. Die Mandate sollen nach einem strikten Verhältniswahlrecht nach dem Stimmenanteil der Parteien vergeben werden.

LIBERALES FORUM

Hierbei handelt es sich ebenfalls nicht um eine Antwort auf unseren Fragebogen, sondern um Aussagen aus dem uns vom Liberalen Forum ausgehenden Parteiprogramm: "Das Programm - die Freiheit des Menschen und seine Verantwortung für die Gesellschaft"

I.) Kunst und Kultur ist modellhafte Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, und insofern von öffentlichem Interesse. Dieses öffentliche Interesse rechtfertigt auch den Anspruch der Künste auf öffentliche Förderung. Die Förderung der Künste darf daher nicht aus kulturellen "Konsuminteressen" bestimmter gesellschaftlicher Gruppen abgeleitet, oder an deren Maßstäben orientiert werden.

Liberales Kulturpolitik widersetzt sich daher einem "Gießkannenprinzip" der Kunstförderung, das nur der Befriedigung von Partikularinteressen dient.

Kulturpolitik sollte schwerpunktmäßig Projekte initiieren und fördern, die Alltagskultur als kulturelle Ausdrucksform erfahrbar machen und möglichst viele Menschen zur Mitgestaltung ihrer kulturellen Lebenswelt anregen.

II. & III.) Die Punkte "Drogenpolitik" und "Jugend - und Ausländerwahlrecht" sind in diesem Programm nicht enthalten, jedoch wurden von SpitzenkandidatInnen des Liberalen Forums Aussagen getroffen, die für eine Liberalisierung der Drogenpolitik und eine Einführung des Ausländerwahlrechts sprechen.

DIE GRÜNEN DIE GRÜNE ALTERNATIVE

Allgemein:

In unserer Gesellschaft ist seit dem Wiedererstarken der RECHTEN - besonders durch Jörg Haider als "Ziehvater des Rechtsextremismus" - und seit den Verfallserscheinungen der herkömmlichen ParteilagerHERRSCHAFT von SPÖVP ein Stärkerwerden von Intoleranz, Inhumanität (Ausländergeste, Menschenrechtsverletzungen, Pauschalverurteilungen gegen Randgruppen) und Populismus wie auch einer starken Entsolidarisierung zu registrieren.

Die einzige Antwort der Regierungsparteien war, daß rechte Ideologien salonfähig gemacht wurden und den fortschrittlichen und alternativen Menschen, wie auch den sozial Benachteiligten und Randgruppen das Leben immer schwerer gemacht wurde; in der Ausländerpolitik, in der Kulturpolitik (z.B. in Steyr gefährdet

bekanntlich der FPÖ-Kulturstadtrat die Existenz eines kritischen Kulturvereines), in der Menschenrechtspolitik (siehe LI-PENG Besuch), in der Verhinderung der Gleichstellung der Zivildienstler mit dem Bundesheer, in der Aufrüstung des Heeres, in der EU-Politik, ... Darum wird es am 9. Oktober geben: Die bereits fixierte große Koalition wird sich entscheiden müssen, in welche Richtung sich die Politik in den nächsten Jahren zu richten hat: entweder in die rechte, menschenverachtende Politik eines Jörg Haider oder in die einer humanen, solidarischen, ökologischen, emanzipatorischen und demokratischen Politik der GRÜNEN.

I.) Die ausreichende Subventionierung durch die öffentliche Hand (Land, Gemeinden, ...) und damit die Garantie für eine freie von parteiinteressen unabhängige Entwicklung autonomer Kulturinitiativen muß geschaffen werden. Den rechten Kulturzerstörern muß eine klare Absage erteilt werden. Der Staat kann und muß sich dies jederzeit leisten - im Vergleich dazu die Ausgaben der Exekutive für den Li-Peng Besuch in Österreich: 5.000 Polizisten erforderten einen Aufwand von ca. 8,5 Mio. Schilling.

II.) Unwahrheiten, Vorurteile und Ignoranz beherrschen einerseits die Diskussion über die Legalisierung von Hanf, andererseits wird eine offene und ehrliche Debatte über die Auswirkungen des gesellschaftlich legitimierten Drogenkonsums von Alkohol und Glimmstengel, welcher gerade für die Wirtschaft ein sehr rentables Geschäft ist, bewußt ignoriert.

Es muß eine Umkehr geben - betrunkene Autofahrer werden toleriert, fauchende Bio-Hanfplänzchen werden gerodet.

III.) Direkte Mitbestimmung, Senkung des Wahlalters für Jugendliche auf 15 Jahre, gesetzliche Miß- und Selbstbestimmungsrechte in der Schule (ähnlich einer ÖH), offenes Bildungssystem, ... sind zentrale Forderungen der Grünen. Die Meinungen und Ideen dürfen nicht in Polit-Kinderstuben abgeschoben werden. Die Politik sollte die notwendigen Rahmenbedingungen und Freiräume für autonome Selbstbestimmung im direkten Lebensbereich der Jugendlichen schaffen.

Ansonsten sind die Grünen zu erreichen: Tel. 0732/7826 76 - Susi, Gerd, Markus, Gerlinde und Rudi.

(Alle Hervorhebungen im Original.)

ÖVP

(Auch bei der ÖVP handelt es sich um keine konkrete Antwort auf unseren Fragebogen, sondern um Aussagen aus uns von ihnen ausgehenden Broschüren: "Die Erhard-Busck-Pläne für Österreich. Für unsere Heimat. Für unsere Wirtschaft. Für unsere Sicherheit." und "Unser Programm für Oberösterreich. Der Mensch im Mittelpunkt. Landespolitische Perspektiven 1991 - 1997")

I.) Kultur besteht aus Traditionen, alten und neuen Denkmälern, Trachten, Liedern, Erzählungen und Geschichten, aus dem was die Menschen essen und trinken.

Kulturarbeit wird immer mehr als Leistung für die Gesellschaft reklamiert, woraus aber auch eine moralische Verpflichtung dieser Gesellschaft entsteht, diese Leistung entsprechend zu honorieren: Ja zur Kulturförderung.

Die "alternative" oder "Basis"-Kulturszene hat sich, nicht zuletzt im Einklang mit einer wirksamen Interessensvertretung durch die überregionale "Kulturplattform" (KUPF) intensiv weiterentwickelt. Mit seinem speziellen Programmangebot stellt dieser Bereich vor allem für die Jugend eine Attraktion dar und soll weiterhin - in seinen Aktivitäten und Förderungsansprüchen - auf Expansionskurs bleiben.

II.) Mangelnde Geborgenheit in der Familie, Überforderung vieler Einzelner durch die Vielfalt der Angebote unserer Konsumgesellschaft und die Ablehnung der christlichen Wertordnung sind Ursachen der Flucht in die Scheinwelt von Süchten, Drogen und Sekten.

Daher muß die Aufklärung über die Gefahren von Süchten, Drogen und Sekten an allen Schulen Priorität haben.

Gefahren durch Alkohol- und Nikotinmißbrauch werden häufig unterschätzt. Deshalb unterstützen wir Maßnahmen wie den Einsatz der sogenannten Discobusse, die Bildung von Arbeitskreisen zur Suchtbekämpfung und die Aktion "alkoholfreie Getränke billiger".

III.) Hierzu fanden wir nichts in den Programmen, jedoch wurde von Herrn Mag. Trauner angemerkt, daß das Wahlalter bereits gesenkt wurde (vom vollendeten 19. auf das vollendete 18. Lebensjahr) und daß die ÖVP-interne Diskussion über eine Position im Bezug auf ein Wahlrecht für in Österreich lebende nicht-EWR-Bürger noch im Gange ist.

SPÖ

I.) Freie- und autonome Kulturinitiativen haben sich seit den 70er Jahren zu einem wichtigen Faktor des kulturellen Lebens entwickelt. Dieser Entwicklung wurde auf Bundesebene mit der Schaffung einer eigenen Abteilung im BMUK (IV/8) und der Bereitstellung entsprechender Geldmittel Rechnung getragen.

Gefördert werden Projekte und Initiativen, die durch ihren Modellcharakter überregionale Bedeutung haben und folgende Schwerpunkte aufweisen:

- Vermittlung lebendiger Kulturformen
- Suche nach neuen Ideen auf dem Gebiet der Kultur und der Kulturvermittlung
- multikulturelle Aktivitäten
- Belebung und Neudefinition authentischer Kulturen und kultureller Identität
- Einbeziehung von spartenübergreifenden Veranstaltungsformen
- Bemühung um Publikumsschichten, die von bestehenden Kultur-einrichtungen nicht erreicht werden

Weitere Förderschwerpunkte sind: Consulting für Kulturinitiativen und Traineespenden zur internationalen Qualifizierung von Kulturmanagern.

Das Budget für diese lebendige Szene ist seit Schaffung der Abteilung kontinuierlich gestiegen (1994 ca. 46 Mio. Schilling), die entsprechende Ausweitung dieses Teiles des Kulturbudgets ist im Wahlprogramm der SPÖ festgeschrieben.

II.) Schwerpunkt der Drogenpolitik muß sicher eine umfassende Aufklärung über die Gefahren des Drogenmißbrauchs sein, die auch "legale Drogen" miteinschließt.

Im strafrechtlichen Bereich unterscheiden wir deutlich zwischen Drogenhändlern und -konsumenten. Bei Drogenhändlern tritt die SPÖ für Strafverschärfungen ein, während für Konsumenten der Grundsatz "besser helfen als strafen" gelten sollte. Deshalb ist auch im Suchtgiftgesetz festgehalten, daß bei einer Person, die "eine geringe Menge Suchtgift zum eigenen Gebrauch erworben oder besessen hat", eine Anzeige zurückzulegen ist, wenn sie sich einer notwendigen medizinischen Betreuung unterzieht, oder sich von einer anerkannten Einrichtung behandeln läßt.

III.) Das Wahlalter wurde mit Beschlußfassung der Nationalratswahlordnung 1992 auf 18 Jahre gesenkt. Die Vollendung des 18. Lebensjahres ist im österreichischen Rechtssystem eine Grenze, die in vielfacher Hinsicht für junge Menschen einen Eintritt in die vollen Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers darstellt (Straffähigkeit, Führerschein, Wehr-/Zivildienst, etc.). Natürlich ist jede Grenze eine "willkürlich gewähite". Es erscheint jedoch sinnvoll, das Wahlrecht an eine Grenze zu binden, mit der eine Vielzahl staatsbürgerlicher Pflichten und Rechte verbunden ist. Es wäre widersinnig, das Wahlalter unterhalb jener Grenze festzulegen, mit der die volle Geschäftsfähigkeit verbunden ist.

Die Möglichkeit, an Wahlen teilzunehmen und damit über die Gestaltung der Politik und die Zukunft des Landes mitzubestimmen, sollte jedoch nur jenen Menschen zugute kommen, bei denen auch das entsprechende Verantwortungsbewußtsein vorausgesetzt werden kann. Eine Vertretung der Interessen jener, die noch nicht wahlberechtigt sind, muß aber selbstverständlich auch in einer repräsentativen Demokratie gewährleistet sein und wird von den VertreterInnen der SPÖ auch wahrgenommen. Gerade die SPÖ ist bemüht, vor allem auch den Interessen der Kinder entsprechend zu handeln.

Für Ausländische Staatsbürger besteht bereits jetzt ein Wahlrecht bei Arbeiterkammer-, Betriebsrats- und Hochschülerschaftswahlen. Die Ausdehnung des Wahlrechts auf Kommunalwahlen auch für ausländische MitbewohnerInnen sehen wir als geeigneten Schritt für eine sinnvolle Integration von Ausländerinnen.

Der derzeitigen Bewußtseinslage in der österreichischen Innenpolitik entsprechend sind aber die Chancen auf eine Realisierung eines Ausländerwahlrechts für Gemeinderatswahlen sehr gering. Einen ersten Schritt könnte hier eine Teilnahmeberechtigung aller EU-BürgerInnen an Gemeinderatswahlen im Zuge des Beitrittes zur Europäischen Union darstellen.